

Satyagraha, Swadeshi, Padayatra, Yagni

Annäherungen an die politisch-religiöse Kultur Indiens

von Thomas Stukenberg

Am 12. März jährte sich zum 64. mal der Tag, an dem Mohandas Karamchand Gandhi, der "Mahatma", mit 78 "erlesenen Jüngern" von seinem Sabarmati-Ashram in Ahmedabad zum dreiwöchigen Fußmarsch in den 300 Kilometer entfernten Küstenort Dandi aufbrach: Der berühmte Salzmarsch, mit dem Ziel, an der Küste in einer symbolischen Aktion gegen das Salzmonopol und die Salzsteuer der Briten, selbst Salz zu gewinnen.

Im gleichen Jahr wurde ein Salzmarsch - salt padayatra oder salt satyagraha - im südindischen Kerala wiederholt, und aus jüngerer Zeit gibt es viele Beispiele für Padayatras zum Ziele der politischen Selbstbestimmung und self reliance oder auch, um fundamentale religiös-politische Ziele durchzusetzen. Die in den letzten Jahren von der BJP initiierten hindu-chauvinistischen Yatras nach Ayodhya oder Kashmir haben leider wesentlich größere Medienwirksamkeit erlangt als die kleineren von der 'Gene Campaign', dem 'Third World Network', regionalen NGOs oder Gewerkschaften organisierten Yatras für politisch-ökonomische Selbstbestimmung und gegen GATT, IWF und Weltbank und deren Großprojekte.

Beide Bewegungen benutzen teilweise die gleichen Slogans, aber aus unterschiedlichen Motiven. In der stark religiös geprägten indischen Gesellschaft werden oft Begriffe mit religiös-spirituellen Ursprung verwendet, um politische Motive, Ziele und Methoden zu artikulieren. Zwei Gesetzesinitiativen mit dem Ziel einer stärkeren Trennung von Politik und Religion (darunter ein Vorschlag für eine Verfassungsänderung), liegen seit Herbst letzten Jahres beim indischen Parlament auf Eis. Die Widerstände in der Lokh Sabha sind offenbar zu groß. Vielleicht wird die klare Trennung von Religion und Politik den indischen Kulturen und Traditionen aber gar nicht gerecht.

Obwohl auf ihn heute nur noch wenig direkt Bezug genommen wird, markiert Gandhis 'Salt Satyagraha' sicherlich einen symbolischen Höhepunkt in Indiens jahrzehntelangem Unabhängigkeitskampf. Zeitgenössische Beobachter betonen, daß Gandhi mit dieser perfekt inszenierten Kampagne die Mentalität seines Volkes intuitiv genau getroffen habe. Hätte er von seinem Ashram aus zur Übertretung der Salzgesetze aufgerufen oder wäre er mit dem Zug nach Dandi gefahren, so hätte die Aktion nicht den erwünschten starken symbolischen Charakter bekommen. Satyagraha, was soviel wie "Festhalten an der Wahr-

heit" bedeutet, ist genauso wie Padayatra, d.h. "Pilgerreise zu Fuß", ein religiös geprägter Begriff, den Gandhi in Kenntnis der religiösen Verwurzelung des Großteils seiner Landsleute aufgegriffen und in seinem Sinne instrumentalisiert hat.

Wie bedenklich die massenwirksame Instrumentalisierung religiös geprägter oder emotional belegter Begriffe sein kann, zeigte sich in jüngerer Zeit, als die BJP wiederholt ihre Anhänger zu Yatras nach Ayodhya, Srinagar und anderen Orten aufrief. Die Massen kamen, leiteten die Zerstörung der Babri Moschee ein und trugen zur Verschärfung des

Kashmir-Konfliktes bei.

Als das politische Establishment inklusive Premierminister Rao im August 1992 in Bombay 'Quit India Golden Jubilee' feierte, also den fünfzigsten Jahrestag des Aufrufs von Gandhi und der 'Congress'-Partei an die Briten, Indien zu verlassen, nutzte wiederum die BJP unter Vajpayee dieses Forum, um die von M.K. Gandhi geprägten Begriffe 'Swadeshi', d.h. Förderung der heimischen Industrie, Kauf nur indischer Waren, und 'Swaraj', d.h. politische Selbstbestimmung/self reliance, in ihrem chauvinistischen Sinne zu mißbrauchen und inszenierte eine emotional wirksame nächtliche Lichter-Prozession.

Damit soll keinesfalls Gandhi oder der Befreiungsbewegung vorgeworfen werden, daß ihre Begriffe heute von chauvinistischer Seite mißbraucht werden. Es muß aber die Frage aufgeworfen werden, wie dieser Mißbrauch von Begriffen und Aktionsformen, die starke religiöse und emotionale Regungen hervorrufen, überhaupt zu verhindern ist.

Politische Ökonomie des Salzmarshes

Zeitgenössische linke Kritiker wie Romosh Palme Dutt, Mitgründer der 'Communist Party of India (Marxists)', CPI(M), sahen in Gandhis Taktik, für den Salzmarsh nur "erlesene Jünger" mitzunehmen und die Massen zu Ruhe und Geduld aufzufordern, vorrangig eine "Ablenkung der Massenbewegung in jene Kanäle, die Gandhi für sie schuf", um sie an der "weiteren Entfaltung zur revolutionären Phase, zur Etappe des bewaffneten Aufstandes gegen das (britische) Imperium" zu hindern. Diese Interpretation entspricht sicherlich eher einem marxistischen Verständnis der Rolle von Yatras, also religiösen Pilgerzügen, als einem unbedingten "Festhalten an der Wahrheit". Satyagraha wurde aber seitdem nicht mehr wörtlich verstanden, sondern als "gewaltloser Widerstand" interpretiert und damit jede Anwendung von Gewalt von vorne herein implizit als unwahr oder unlauter qualifiziert, was sicherlich

manchen marxistischen Strategien widersprach. Daß Gandhi mit seinem Begriff von Gewaltlosigkeit und Wahrheit eine tiefer in der indischen Gesellschaft verwurzelte strukturelle Gewalt, nämlich das Kastensystem und die Unterdrückung großer aus jeder Kaste ausgeschlossener Schichten, nur unzureichend wahrnehmen konnte, wird ihm noch heute von Vertretern der Dalits und der Adivasi vorgeworfen.

Der Streit innerhalb der Gandhi-Bewegung über die Interpretation und das legitime geistige Erbe des Mahatma ist ein aufschlußreiches Spiegelbild für die heutige politisch-religiöse Kultur Indiens. Nach Gandhis Ermordung durch das Ex-RSS-Mitglied Nathuram Godse galt der als Begründer der Landschenkungsbewegung 'Bhoodan Movement' in die Geschichte eingegangene Vinoba Bhave als Gandhis spiritueller Erbe, während dem Sozialisten Jayaprakash Narayan sein politisches Erbe zugesprochen wurde.

Gandhi selbst war bemüht gewesen, beide Anteile, Religion und Politik, zu vereinen. Doch seine hohen ethisch-spirituellen Ideale, vor allem satyagraha in dem Sinne, auf einen politischen Gegner niemals in irgendeiner Form Zwang auszuüben, waren nur zu oft -

auch nach Gandhis eigenem Bekunden - nicht durchzuhalten. Insbesondere übte er durch sein wiederholtes Fasten, wie er selbst zugab, auf seine Gegner hohen moralischen Druck aus, anstatt sie seinem Ideal entsprechend zu überzeugen. Ein konsequentes Festhalten am Ideal satyagraha wie es nach Gandhi Vinoba Bhave praktizierte, gilt heute allerdings als eher unpolitisch und status quo-erhaltend, während die in späteren Jahren von Jayaprakash Narayan propagierten direkten Aktionen eine Veränderung des status quo anstrebten. Hieran wird die Schwierigkeit deutlich, eine erwünschte Abschaffung von struktureller Gewalt mit ethisch-religiösen Idealen entsprechenden gewaltfreien Mitteln zu erzielen.

Gandhis Salzmarsh von 1930 war im gleichen Jahr von der Stadt Payyannur im Norden Keralas aus wiederholt worden. Heute ist Payyannur als größter Marinehafen Südasiens und US-Stütz-



Gandhi's Marsch nach Dandi: "I want world sympathy in this battle of Right against Might" - Gandhi 5.4.30. (Foto: 'Down to Earth')

punkt im Gespräch.

Die erlesene Schar von etwa fünfzig Padayatriks zog vom 2. Oktober (Gandhis Geburtstag) bis zum 1. November 1930 von Payyannur bis in Keralas Hauptstadt Trivandrum. Auf ihre Fahnen geschrieben hatten die überwiegend parteilosen Demonstranten - oder Pilger -, unter ihnen E.M.S. Namboodiripad, prominenter Ex-Generalsekretär der CPI(M), wiederum 'Swaraj' und 'Swadeshi', speziell den Widerstand gegen die von IWF, Weltbank und GATT diktierte Wirtschaftspolitik der Regierung Narasimha Rao. Diese im Vergleich zur BJP kleine, aber gerade im Bauern-Widerstand gegen das GATT-Regime wachsende Bewegung sieht sich also durchaus in der Gandhi'schen Tradition des Widerstandes gegen Fremdherrschaft. Man sieht die in der Befreiungsbewegung errungenen Werte durch die 'New Economic Policy' der Regierung Rao/ Manmohan Singh gefährdet.

Aktionsformen der Ökologiebewegung

Zu den größeren und einflussvolleren politisch-ökologisch und sozial ausgerichteten langen Märschen der letzten Jahre gehört der Kanyakumari-Marsch, eigentlich ein "Doppelmarsch": Von Kalkutta die Ostküste entlang und von Bombay im Westen zogen im April 1989, vom 'National Fisherman Forum' (NFF) und verschiedenen Umweltgruppen organisiert, insgesamt 15.000 FischerInnen, Kleinbauern und ökologische AktivistInnen, darunter zwei Drittel Frauen, nach Kanyakumari im Bundesstaat Tamil Nadu an der Südspitze Indiens. Religiös-emotional belegte Schlagworte wie 'Swadeshi' oder 'Swaraj' vermeidend, forderten sie unter dem Slogan "Schützt das Wasser, schützt das Leben!" eine stärkere Berücksichtigung ökologischer Lebenszusammenhänge, vor allem die Respektierung des Existenzrechtes der traditionellen Fischer und Bauern. Dieses ist nämlich durch industrielle Umweltverschmutzung, Atom- und Militärentechnologie wie das Raketenstestgelände in Baliapal im Bundesstaat Orissa sowie durch den ökologisch bedenklichen Einsatz von Fischtrawlern gefährdet.

Die abschließende Kundgebung am 1. Mai in Kanyakumari wurde gewaltsam von der Polizei aufgelöst und endete mit sechs Schußverletzten. Von Steine werfenden Provokateuren angeheizt, hatte die Polizei nach Warnschüssen direkt in die Menge geschossen, Demonstranten und Zeitungsreporter geschlagen und Kameras zerstört.

Ebenfalls der Erhaltung der ökologischen Lebensbasis, in diesem Fall der Bäume, dienen sollte eine Aktion, die als Vorläufer der heutigen Chipko-Bewegung, aber mit tragischem Ende - vor ca. 250 Jahren in der Nähe von Jodhpur/Rajasthan stattfand: Als der Maharaja von Jodhpur anordnete, für den Bau eines neuen Palastes einen Wald zu fällen, stellten sich die Bewohner aus 83 Dörfern schützend und umarmend um die Bäume und nahmen den eigenen Tod in Kauf, um das Fällen der Bäume zu verhindern. 290 Männer und 69 Frauen wurden von den Holzfällern getötet. Als

der Maharaja von dem Massaker erfuhr, verzichtete er auf die weitere Abholzung dieses Waldes.

Noch älter sind andere, in der Regel weniger dramatische, traditionelle indische Aktionsformen wie 'dharna', einzelnes oder massenhaftes Sich-hinlegen auf öffentlichen Plätzen aus Protest gegen Entscheidungen der Obrigkeit, oder 'traga', das eigenhändige Zufügen von Wunden. Während 'traga' weitgehend ausgestorben ist, hat 'dharna', von Gandhi und der Befreiungsbewegung aufgegriffen, auch in Europa, als "die-in", Nachahmer gefunden.

'Ekta Yatra' der BJP in die "Höhle des Löwen"

Von Kanyakumari startete die BJP unter Murli Manohar Joshi am 11. Dezember 1991 zu ihrer 'Ekta Yatra' - der Pilgerreise für die nationale Einheit - über 15.000 Kilometer durch ganz Indien nach Srinagar in Kashmir. Joshi hatte 20.000 Anhänger in Srinagar angekündigt, doch es waren kaum einhundert, die am 26. Januar 1992, dem 52. Jahrestag der Verabschiedung der indischen Verfassung, der Abschlußkundgebung mit Hissen der indischen Trikolore in Srinagar folgten. Auf Anweisung der Regierung war Joshi aus Sicherheitsgründen mit einer Gruppe von Unterstützern die letzte Etappe nach Srinagar mit dem Hubschrauber eingeflogen. Vereint hatte der Einheitsmarsch der Hindupartei in das moslemische Kashmir nicht die Nation, sondern eher die kashmirischen Widerstands- und Befreiungskämpfer.

Provozierende Slogans wie "Dies ist nur der Anfang, bald marschieren wir nach Kabul!" wurden erst in der BJP-Hochburg Jammu skandiert, auf anderen Streckenabschnitten hielten sich die Yatriks vorsichtig zurück.

Bombenanschläge und Polizeifeuer in Kerala, Punjab und Kashmir forderten jedoch auch von dieser Yatra insgesamt fünf Todesopfer. Dennoch bezeichnete Joshi die 'Ekta Yatra' als Erfolg - das war sie allenfalls, wenn es darum geht, die Gemüter weiter anzuheizen.

'Swadeshi' - Boykott "ausländischer" Produkte und Firmen

Der Salzmarsch von 1930 leitete eine sich schnell ausbreitende Boykottkampagne gegen britische oder unter Leitung der Briten produzierte Güter ein, neben Salz vor allem Textilerzeugnisse. Das einfache, in jedem armen Haushalt verfügbare Spinnrad und Gandhis einfaches Baumwolltuch als Bekleidung gingen als wirkungsvolle Symbole dieser 'Swadeshi'-Bewegung in die Geschichte ein. Diese Boykottbewegung richtete sich

noch klar und eindeutig gegen die Briten. Bei heutigen Boykotten, Firmenbesetzungen oder ähnlichen Aktionen der Umwelt- und Bauernbewegung wird es komplizierter. Zum einen richten sie sich gegen komplexe internationale Vereinbarungen wie GATT und gegen Multinationale Konzerne mit ihren weitverbreiteten, oft undurchschaubaren internationalen Verflechtungen, was die symbolhafte Auswahl eines zu boykottierenden Gutes erschwert. Im Herbst letzten Jahres erzielte die Boykottbewegung 'Samajwadi Abhiyan' unter dem prominenten 'Janata Dal'-Mitglied George Fernandes aber einen wichtigen symbolischen Sieg: Der US-Multi Cargill Inc., ein Chemieunternehmen, das schon 1992 Ziel einer Attacke des Karnataka Bauernverbandes war, zog im Oktober seine Pläne zur Errichtung einer Salzfabrik in der Kutch-Region im Bundesstaat Gujarat zurück. George Fernandes wertet den von Cargill als "reine geschäftliche Entscheidung" begründeten Rückzug als klaren Erfolg seiner Kampagne, die er gegen andere prominente Multis wie Pepsi Cola oder Coca Cola fortsetzen will (siehe auch 'Südasiens', 8/93).

Problematisch wird es jedoch, wenn auch BJP und RSS - aus völlig anderen Motiven - zum Boykott "ausländischer" Produkte aufrufen. So hat der RSS-Ableger 'Swadeshi Jagran Manch' (Swadeshi-Erweckungs-Bewegung) eine Liste von zu boykottierenden 'fremden' Produkten erstellt. Die Bevölkerung soll damit aufgefordert werden, statt 'fremder' nur noch 'swadeshi' Produkte zu kaufen. Wie willkürlich diese Liste ist, wird deutlich, wenn Unternehmen wie 'Hindustan Lever', die früher als "swadeshi" galten, nun auf der 'foreign'-Liste gesetzt sind.

Wenn auch die BJP Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung, 'Swaraj' und 'Swadeshi' aufstellt, wird es für Fernandes oder Namboodiripad und seine Genossen schwieriger, die gleichen Begriffe zu verwenden, gleichzeitig aber Säkularismus zu fordern und sich von der 'Hindutva-Swadeshi' - "Kauft nicht bei Moslems!" - abzugrenzen.

Beim Thema 'Swadeshi' scheinen alle Fronten zwischen links und rechts und auch innerhalb der BJP durcheinanderzugeraten: So unterstützte einerseits der ehemalige Richter am obersten Gerichtshof und prominente Anwalt der Bürgerrechtsbewegung V.R. Krishna Iyer, selbst von der RSS verfolgt, offen die von der RSS-Gewerkschaft 'Bharatiya Mazdoor Sangh' (BMS) inszenierte 'Swadeshi'-Bewegung. Die BJP wiederum galt vielen indischen Industriellen bisher noch als überzeugendster Vertreter des ökonomischen Liberalisierungs- und Öffnungskurses der Regierung Rao, konsequenter noch als Raos Finanzmini-

ster und Reformstrategie Manmohan Singh. Erst auf der Sitzung des BJP-Exekutivrates im April 1993 konnten die RSS-Hardliner die Partei auf 'Swadeshi'-Richtlinien und gegen einen weitreichenden Liberalisierungskurs einschwören.

BMS-Gründer Dattopant Thengadi geht so weit, als einziges Kriterium für die weltweite Wirtschaftsentwicklung 'Dharma' zu reklamieren, was als Religion oder auch als göttlicher Wille übersetzt werden kann. Er fordert einen Welt-Schiedsrichter, der die Einhaltung von 'Dharma' überwachen soll. Die neue Wirtschafts- und Industriepolitik der 'Congress'-Regierung lehnt die BMS ähnlich wie Fernandes ab, da sie das Land in Abhängigkeit von IWF, Weltbank und multinationalen Konzernen bringe.

Die BMS bezeichnet sich als unpolitisch, lediglich am Wohl der Nation und der Arbeiter interessiert. Dennoch dürfte es kaum überraschen, daß die BMS im Konflikt um die Babri-Moschee in das gleiche Horn stieß wie die BJP und eine große Zahl von BMS-Mitgliedern sich als 'Kar Sevaks', freiwillige Aktivisten, an der BJP-'Rathyatra' nach Ayodhya und der Zerstörung der Moschee beteiligten.

Den Kapitalismus lehnt die BMS als zu sehr produktionsorientiert und materialistisch ab, Marxismus dagegen als eine Ideologie, die die indische Nation spalte. Obwohl die BMS, anders als die anderen großen indischen Gewerkschaften, die mit den Kommunisten oder der 'Congress'-Partei verbunden sind, erst 1955 gegründet wurde und somit keinen Ursprung im Unabhängigkeitskampf hat, reklamiert sie für sich, einzige wahrhaft indische Gewerkschaft zu sein. Der erste Mai als internationaler Tag der Arbeit wird von der BMS abgelehnt, Thengadi propagiert stattdessen: "Wir sind eine uralte Nation mit eigenen Traditionen, die sich seit zwölf Jahrhunderten in einem Kampf auf Leben und Tod gegen ausländische Aggressoren gewehrt hat. Vor diesem Hintergrund ist nationale Entwicklung nur möglich auf der Basis von 'Dharma' als unveränderlichem universellem Gesetz der sozial-ökonomischen Ordnung. Der Arbeit wurde in der indischen Kultur schon immer höchster Wert beigemessen, und als ein Symbol für die Würde der Arbeit wird von Arbeitern im ganzen Land seit Tausenden von Jahren 'Vishwa Karma Day' als Tag der Arbeit begangen."

Die BMS hat die Regierung aufgefordert, den 17. September zum indischen 'Vishwa Karma Day' zu erklären. Auf der anderen Seite ist die BMS gegen die Verstaatlichung von Industrien und befürwortet durchaus einen wirtschaftlichen Liberalisierungskurs - solange

keine ausländische Kontrolle ausgeübt und 'Dharma' beachtet wird. In letzter Zeit versucht die BMS, ihr hinduistisch-kommunalistisches Image loszuwerden, und betont, daß ihr schon viele Moslems beigetreten seien.

"Haltet die Religion aus der Politik heraus!"

Als säkularer Staat schützt Indien in seiner Verfassung die Ausübung der Religionsfreiheit - sei es von Hindus, Moslems, Christen, Atheisten oder anderen Minderheiten - solange diese Freiheit nicht in einer Form ausgeübt wird, die "öffentliche Ordnung, Moral, Gesundheit" oder ein anderes Grundrecht gefährdet. Eine Staatsreligion gibt es in Indien dagegen nicht. Dennoch: Die Verwendung religiöser Begriffe als Slogans in der Politik ist nur oberflächliches Symptom für eine die gesamte indische Gesellschaft untrennbar durchziehende Verknüpfung von Politik, Religion und Erziehung, sei es als kulturelle Basis oder als Verknüpfung handfester

'vested interests'.

Seit letzten Herbst liegen - als Reaktion auf die Zerstörung der Babri Moschee - zwei Gesetzesinitiativen der Regierung Rao vor: Das seit letzten Sommer im Parlament anhängige 18. Gesetz zur Änderung der Verfassung bestimmt, daß politische Vereinigungen, die mit Worten oder Symbolen Haß und Feindschaft zwischen den Religionsgemeinschaften sähen, von den Wahlen ausgeschlossen werden; ihr Vermögen kann demnach eingezogen werden. Anstatt sich aber ausdrücklich für säkular, also in religiösen Dingen nicht zuständig zu erklären, sichert der Staat die "gleiche Respektierung aller Religionen" zu - was immer das konkret heißen mag. Beobachter halten den vorliegenden Vorstoß zur Verfassungsänderung schlicht für überflüssig: Das, was dieser Vorschlag ermöglicht, ist schon unter der jetzigen indischen Verfassung möglich. Ein Vorschlag, alle Fälle, die unter das neue Gesetz fallen, grundsätzlich vom Obersten Gerichtshof entscheiden zu lassen, um wenigstens die Zuständigkeit eindeutig

zu klären, wurde dagegen vom 'Joint Parliamentary Committee' zurückgewiesen.

Das Volksvertretungs-Gesetz soll dahingehend geändert werden, daß Parteien, die den Namen von Religionsgemeinschaften oder Kasten tragen, von den Wahlen auszuschließen sind. Dieser Gesetzentwurf richtet sich offenbar vor allem gegen die 'Muslim League', nicht jedoch gegen die BJP (Indische Volkspartei), die ja nicht den Namen einer Kaste oder religiösen Gemeinschaft trägt. Unter Experten ist jedoch strittig, ob selbst die 'Muslim League' einen religiösen oder nicht einen "kommunalen" Namen trägt. Jedenfalls können Parteien, deren Wahlzulassung entzogen wurde, nach dem Gesetzesvorschlag in langwierigen aufschiebenden Einsprüchen bei den Gerichten bis zum Obersten Gerichtshof die Entscheidung über ihr Schicksal bis nach den jeweiligen Wahlen verschleppen - wenn sie nicht bereit sind, einfach innerhalb von neunzig Tagen ihren Namen zu ändern.

Schon 1988 waren dagegen durch Än-



Ekta Yatra der BJP (Foto: 'Frontline')

derung des Volksvertretungs-Gesetzes politische Parteien auf die verfassungsmäßigen Grundsätze Sozialismus, Säkularismus und Demokratie eingeschworen worden. Die praktischen Auswirkungen sind kaum zu erkennen, wenn man davon absieht, daß sich seitdem selbst BJP und 'Shiv Sena' (Shivas Armee, eine militante, der BJP nahestehende Organisation) auf dem Papier zu Sozialismus, Säkularismus und Demokratie bekennen.

Befürworter der neuen Gesetzesinitiativen betonen, daß es hier im Kern nicht um die Bannung von religiösen Gefühlen aus der Politik und schon gar nicht darum geht, der Politik das ethische Fundament zu entziehen - wie die BJP behauptet -, sondern um die Bekämpfung des oft gewalttätigen Kommunalismus.

Den beiden Entwürfen wird angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament aber kaum eine Chance eingeräumt. Es gibt kaum eine Partei in Indien, die nicht in der Vergangenheit in irgendeiner Form Religion für politische Zwecke geodert mißbraucht hätte. So hat auch die 'Congress'-Partei schon Anfang der 50er Jahre in Ayodhya einen Hindu-Sadhu inklusive Schlägertruppen erfolgreich in den Wahlkampf gegen einen bis dahin ungeschlagenen sozialistischen Politiker geschickt. Und 1989 kochte auch der damalige Premierminister Rajiv Gandhi seine Wahlkampfsuppe in Ayodhya auf dem schon gefährlich schwelenden hindu-kommunistischen Feuer und versprach für den Fall seines Wahlsieges die Errichtung des Königreiches Ramas.

Jüngstes medienwirksames Beispiel dafür, wie die 'Congress'-Partei zu den gleichen symbolischen Methoden greift wie die BJP ist ein 'Som Yagna', ein rituelles Feueropfer. Mit dem offenkundigen Ziel, die Gemeinschaft der Hindu-Sadhus zu spalten und einen Teil von ihnen von der BJP auf die Seite der 'Congress'-Partei zu ziehen oder zumindest propagandawirksam einzusetzen, veranstaltete die 'Congress'-Partei im Juni 1993 in Ayodhya ein zehn Millionen Rupien teures zeremonielles Feueropfer-Spektakel. Die Panik von BJP und VHP, die die Aktion sofort als Ravana's Teufelswerk bezeichneten (Ravana ist in der Hindu-Mythologie der böse Gegner des tugendreichen Gottes Rama), erwies sich bei allem Aufwand dennoch als unbegründet. Zwar flohen im Zuge der Auseinandersetzungen viele Bewohner aus Ayodhya, das Opferritual selbst zog dagegen statt der angekündigten 100.000 nur knapp 2.000 Menschen an. Es stellt sich die Frage, ob die Mehrheit der Inder doch klüger und weniger anfällig für solche Propaganda ist als die Politiker glauben, oder ob der 'Congress'-Partei die glaubwürdige Durchführung eines solchen BJP-Plagiats schlicht nicht zugetraut wurde.

Von der Instrumentalisierung der Religion für die Politik bis zum offenen Kommunalismus ist es manchmal nur ein kleiner Schritt. Die Ursachen liegen tief in der indischen Kultur, im Erziehungs- und Bildungssystem verwurzelt. So haben sich beispielsweise im Unionsstaat Karnataka hinduistisch geführte Eliteschulen für Medizin und Ingenieurwesen etabliert, die schon über ihr Gebühren- und Zulassungsverfahren bestimmte Bevölkerungsschichten von vorne herein diskriminieren. Die Schwierigkeiten der Regierung von Karnataka und des obersten Gerichtshofes, das Zulassungsverfahren und die Gebührenordnung zu ändern, zeigen wieder einmal, wie schwierig es ist, den verfassungsmäßigen Anspruch auf einen säkularen Staat, der auch die Religionsfreiheit schützt, in Indien gegen religiöse "vested interests" in die Tat umzusetzen.

BJP versucht sich in interner Schadensbegrenzung

Die Frage, welche Produkte oder Unternehmen als fremd zu boykottieren wären und wie eine 'swadeshi' Wirtschaftspolitik auszusehen habe, spaltet nicht nur die BJP und ihre Kaderorganisationen RSS, BMS etc. Für den Großteil der BJP-Anhänger ist dieses Thema offenbar

zu sperrig und kompliziert, also für den Wahlkampf nicht zu gebrauchen.

In dem Versuch, von diesem internen Streit abzulenken, konzentrierte sich die Partei wieder auf das scheinbar einfachere Thema 'dharma': Auf einer großangelegten 'Janadesh Yatra zur Rettung von Demokratie und Dharma' nach Bhopal im September letzten Jahres wandte sich die BJP denn auch vor allem gegen die von der Regierung vorgelegten Gesetze zur Trennung von Religion und Politik und verurteilte sie als unethisch und anti-'dharma'. Versuche, auf den Kundgebungen das Dunkel-Papier (GATT) oder die Korruption zum Thema zu machen, wurden von den BJP-Anhängern weitgehend ignoriert, und nur auf das Stichwort Ayodhya reagierte man enthusiastisch.

Wenn man auch das vermutliche Scheitern der Gesetzesinitiativen zur Trennung von Politik und Religion nicht überbewerten darf und die BJP offenbar zur Zeit in einer Schwächephase ist, liegt in der Vermischung von Themen wie nationale/ökonomische Selbstbestimmung ('swaraj') und Stärkung der heimischen Wirtschaft ('swadeshi') mit religiösen Mythen und den Mythen Mahatma Gandhis und der Befreiungsbewegung noch eine Menge politischer und kommunistischer Sprengstoff.

The Proceedings of the European Conference on the Flood Action Plan in Bangladesh



European Parliament - Strasbourg
May 27 - 28 1993

Zu beziehen über: IAO Network, Georgenkirchstr. 70, 10249 Berlin.